

13.33

Abgeordnete Dr. Pamela Rendi-Wagner, MSc (SPÖ): Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Bundesministerin! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! (*Die Rednerin trägt – wie ein Großteil der Abgeordneten der SPÖ – einen großen, weißen Anstecker mit der Aufschrift „Frauenvolksbegehren“, auf dem das Logo des Frauenvolksbegehrens abgebildet ist.*) Es ist soweit: Wir diskutieren heute hier im Hohen Haus das Frauenvolksbegehren, ein Volksbegehren, das fast eine halbe Million Österreicherinnen und Österreicher unterstützt und unterschrieben haben – eine halbe Million Stimmen für eine echte Gleichstellung in Österreich, eine halbe Million Stimmen für eine echte Selbstbestimmung der Frau und auch eine halbe Million Stimmen für eine gleiche Repräsentation von Männern und Frauen in Spitzenpositionen der Politik, aber auch der Wirtschaft. (*Beifall bei der SPÖ sowie der Abgeordneten Cox und Zadić.*)

Heute stellen wir uns die Frage: Was macht die schwarz-blaue Bundesregierung? Wie gehen Sie mit dieser fast halben Million Stimmen, die in Österreich abgegeben wurden, um? – Tja, so wie mit den Volksbegehren zuvor: Sie fahren drüber, Sie ignorieren sie eigentlich und Sie erweisen dieser fast halben Million Menschen, die das Volksbegehren unterstützt haben, eine Respektlosigkeit.

Das war im Wahlkampf zur letzten Nationalratswahl noch ganz anders, als sich vor allem die FPÖ, aber auch die ÖVP die direkte Demokratie doch sehr stark und in großen Buchstaben auf ihre Fahnen geheftet hatten.

Wie ernst Ihnen die Meinung der Menschen in Österreich ist und wie ernst Sie diese nehmen, konnten wir an der Behandlung der ersten Volksbegehren im Nationalrat bereits sehen. Ich darf erinnern, damals stand Don't smoke zur Diskussion – es waren fast 900 000 Unterschriften, die damals eingingen –, und bei der Diskussion im Nationalrat war damals kein einziges Mitglied der Bundesregierung anwesend (*Zwischenruf bei der ÖVP*) – kein Bundeskanzler, kein Vizekanzler und auch keine Gesundheitsministerin. Ich darf an dieser Stelle sagen, dass ich es als wirklichen Fortschritt sehe, dass Sie, Frau Bundesministerin, dieser Debatte heute hier persönlich beiwohnen.

Ja, es ist eine Frage, wie man hier mit der Meinung der Österreicherinnen und Österreicher, dieser halben Million Menschen umgeht: respektlos oder nimmt man sie ernst? Wie wichtig, wie aktuell, wie notwendig die Anliegen des Frauenvolksbegehrens nach wie vor sind, zeigt ein Blick auf ganz Europa – das ist gerade vor dem Hintergrund des stattfindenden EU-Wahlkampfs umso brisanter.

Der Blick auf Europa zeigt uns, dass es dort, wo rechtspopulistische Regierungen an der Macht sind, genau die Frauenrechte sind, die als erstes beschnitten und beschlossen werden, die in Gefahr sind. Alles, was wir in den letzten Jahrzehnten erkämpft haben und in den letzten Jahren für fast selbstverständlich halten, ist mittlerweile in Gefahr und steht zumindest in einigen Ländern Europas wieder zur Disposition. (*Beifall bei der SPÖ sowie der Abg. Zadić.*)

Wir müssen aus dieser Beobachtung lernen. Wir müssen lernen, dass nichts, was wir an Rechten erkämpft haben, selbstverständlich ist. Schauen wir nach Italien, wo es einen Innenminister namens Matteo Salvini gibt, der kürzlich Vorschläge gemacht hat, um Scheidungen zu erschweren und den Kindesunterhalt abzuschaffen! Schauen wir nach Ungarn, wo Viktor Orbán eine Geburtsprämie für Frauen einführen will! Schauen wir nach Polen, wo die Regierungspartei PiS ein Gesetz erlassen wollte, das Schwangerschaftsabbrüche generell verbieten sollte! Wären nicht Tausende Frauen in Polen wochenlang auf die Straße gegangen, wäre dieses Gesetz zur Umsetzung gekommen. Sie konnten es bisher verhindern, aber die Gefahr besteht weiterhin. (*Beifall bei der SPÖ sowie der Abg. Zadić.*)

Schauen wir nach Österreich! Auch in Österreich ist alles, was wir uns in den letzten Jahrzehnten erkämpft haben, nicht selbstverständlich. Was unsere Vorkämpferinnen hier vor 100 Jahren und in den Jahren danach an Frauenrechten erkämpft haben – gegen große Widerstände erkämpft haben –, ist nicht selbstverständlich. Lassen wir daher nicht zu, dass genau diese Rechte, die hier erkämpft wurden, für unsere Töchter nicht mehr gelten! Dafür werden wir eintreten und unsere Stimme hier auch im Rahmen des Volksbegehrens laut machen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Es ist genau diese Frage des Gestaltungsanspruchs. Der Unterschied zwischen rechten sowie konservativen und progressiven oder sozialdemokratischen Kräften im Gestaltungsanspruch ist es, der uns gerade in der Frauenpolitik so augenscheinlich unterscheidet. Wenn nämlich die Rechten oder Konservativen von Veränderung sprechen, meinen Sie Rückschritt, sehr geehrte Damen und Herren! Wenn Progressive, wenn wir von Veränderung sprechen, dann meinen wir Fortschritt. – Ja, das ist der große Unterschied! (*Beifall bei der SPÖ. – Zwischenruf des Abg. Lugar.*)

Seit 15 Monaten sehen wir in vielen Bereichen, aber gerade auch in der Frauenpolitik Rückschritte, den institutionalisierten Backlash, wenn Sie so wollen – gerade in der Frauen- und Familienpolitik.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir sagen: Es ist mehr als bedenklich, wie man hier mit 500 000 Menschen umgeht, die sich für dieses Volksbegehrung starkgemacht

haben. Klar ist, dass dieser Kampf für Gleichberechtigung heute hier nicht zu Ende ist.
(*Beifall bei der SPÖ.*)

An dieser Stelle möchte ich mich vor allem bei den Initiatorinnen und Initiatoren des Frauenvolksbegehrens, allen voran Lena Jäger, persönlich bedanken – für euren Einsatz, für eure Initiative und für diese Energie, die hier in dieses für uns alle, für die Gesellschaft in Österreich wichtige Projekt gelegt wurde. Ich kann euch eines versprechen: Im Namen der Sozialdemokratie könnt ihr sicher sein, dass ihr im Kampf für mehr Gleichberechtigung, Chancengerechtigkeit und Selbstbestimmung der Frau in uns immer einen Partner an eurer Seite habt. – Danke schön. (*Anhaltender Beifall bei der SPÖ sowie der Abg. Zadić.*)

13.40

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Frau Abgeordnete Schimanek ist zu Wort gemeldet. – Bitte.